

Wöchentliche Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die fünfgehaltene Korpusseite 15 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Beierstraße 10 bis spätestens donnerstags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Beierstraße 10, auch von unseren Boten und aller künftiger Postanstalten angenommen.

Beierstraße 10, auch von unseren Boten und aller künftiger Postanstalten angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 38.

Samstag, den 29. März 1919.

58. Jahrgang.

Die Abwanderung aufs Land.

Mit der Frage der Ueberführung von Arbeitslosen aus den Städten aufs Land beschäftigt sich im Beirker Rathaus ein Kreis von Persönlichkeiten aus Stadt und Land.

Der Vorsitzende Schmidt vom Landarbeitersverband hielt den einleitenden Vortrag, in dem er die großen Schwierigkeiten dieser Frage hervorhob. Mit Fabriken, Arbeitslosenvereinigungen, Schriften und dergleichen komme man heute nicht weiter. Viele von denen, die heute aufs Land gehen, würden bald zurückkehren. Es müsse das Qualifikationsauf eine gezielte werden. Die von früher her Beschäftigten zur Landwirtschaft befähigen und sich für landwirtschaftliche Betriebe eignen.

Stiefelich würde es gelingen, einige hundert Familien für das Land zu gewinnen, wenn für eine bessere Entlohnung, bezugsfähige Wohnungen u. a. gesorgt würden. Die Arbeitsverhältnisse seien

Arbeitslose so rückständig, wie man annehme. Die ländlichen Arbeiter stehen bei den niedrigen Löhnen besser als die städtischen. Sie hätten mehr und besser zu essen. Die Naturalbezüge würden zu niedrig bemessen. Man solle keine Beschäftigten machen, die man nicht halten könne. Sachverständiger seien nicht mehr zu haben, nur auf Schlichtungen kämen noch einige nach Deutschland. Die Arbeitslosenorganisationen auf dem Lande entwickelten sich immer mehr. Ein ländliches Arbeiterintentionen von 2800 Markt könne einen städtischen von 4500 Markt verdrängen. Der Durchgangspunkt des Einkommens der Arbeiter könne vom Deutschnachkriegsformular normiert werden, am besten für jeden Kreis besonders.

Die Ausschüsse im Fortwochen

Beurteilte Schmidt günstiger, weil da auch Bauarbeiter leichter untergebracht werden könnten bei einer früheren Arbeitszeit als in der Landwirtschaft.

Geheimrat Dr. Freund betonte als Vorsitzender des Ausschusses die geringen Erfolge aller Bemühungen zur Veranlassung deutscher Arbeiter. Die kurzfristige Politik, die Beschäftigung ausländischer Arbeiter und anderer Faktoren hätten hier unheilvoll gewirkt. Die Wohnverhältnisse seien wesentlich von ungenügendem Einfluss auf die Arbeitsverhältnisse gewesen. Die Forderungen für Renten seien enorm hoch. Die gewerkschaftliche Vermittlung von Arbeitern könne man als einen Krebsgeschaden bezeichnen. Dazu kämen Beirerelle aus Seiten der städtischen Arbeiter und der Landwirtschaft. Nur an brauchbaren, leistungsfähigen Arbeitskräften sei das Interesse groß.

Güterdirektor Dr. Raths (Berlin) führte hierzu aus, daß die Wohnungsverhältnisse schmerzhaft sei. Die Polen hätten die gute Räume verschwendet. Die Erzeugung könne durch vermehrte Produktionskosten unerschwinglich werden. Fast 10 Mädchen von Lande sollen bei der Verladung und dem Sortieren von Kartoffeln daselbst geleistet haben, wie 30 Berliner Arbeiter. Die Kultur der schon unter dem Pflug befindlichen Felder sei heute wichtiger als die Urbarmachung von Neuländern.

Direktor Dr. Graad vom Beirker Arbeitsnachweisteilte mit, daß jetzt täglich 30-40 Arbeitskräfte für das Land vermittelt würden bei etwa 75 000 Arbeits-tuchenden und 15 000 offenen Stellen für männliche und weibliche Personen insgesamt.

Schiedemann über den Staatsgerichtshof.

In der deutschen Nationalversammlung gab am Mittwoch Ministerpräsident Schiedemann eine Reihe von Erklärungen zu Tagesfragen ab.

Er führte u. a. aus:

Die ausländische Politik steht im Zeichen unerschütterten Franzenes. Durch ganz Deutschland geht ein Aufschwung aus tiefer Verneigung, ein Aufbruch in die höchste Instanz, die es gibt, an das Gemissen der Menschheit. (Zuvor wahr!) In Tausenden kommen die Prozesse aus Provinzen, Städten und Dörfern, an der höchsten Instanz und der letzten Verneigung, aus vaterländischer Instanz durch den Nachdruck der Tages die Zugehörigkeit zur deutschen Nation zu verlieren.

Bei Deutschland wollen sie sterben, bei dem verarmten, geschlagenen, mit Wunden und Schanden bedeckten Deutschland.

Die Reichsregierung weiß, daß diese Trenne zum Reiche bis zur Selbstverleugung geht, weiß, daß diese Trenne das wertvollste Gut ist, das ihr zur Verwaltung anvertraut wurde. Sie wird es sich von keiner Seite schenken lassen. Die Reichsregierung hat ihren bisherigen Gegnern die Erwidmung eines internationalen Gerichtshofes

vorgelegt, der die Schuldfrage nach allen Seiten prüfen und dann urteilen sollte. England hat diesen Vorschlag abgelehnt. (Zuvor hört!) Es ist also nicht unsere Schuld, wenn dieser von uns selbst vorgelegte Prozess ungeschlichtet bleibt. Nicht nur die äußerste Linie schwächt unsere Stellung vor dem bittersten Ende. Welche Rechte hier am Werke politischer Sabotage sind, zeigt so recht der sogenannte Nationalbund deutscher Christen.

einem Parteiausschuss politischer Arbeiter.

(Große Unruhe rechts. — Ruf: Wa, na! — Mann links.) In ihren Reihen spielt der ehemalige Rechtsanwalt Wederer eine führende Rolle. (Stürmische Ruhe hört, hört! links. — Ruf: links! Ein Bericht — Mann und Unruhe rechts.) Diese Herren brauchen es fertig, bei ihren Versammlungen in Berlin „Hell dir im Siegfrieds“ anzuhängen und durch das Ausbringen von saftigen Reden für die empfindliche Dapakte einer Sitzung, gegenüber 53 000 Mitgliedern des Deutschen Arbeiterbundes, der von solchen Redaktionen nichts wissen will. (Hört hört!) Man brachte dem General Ludendorff Ovationen, der sich natürlich ganz zufällig große Unruhe rechts in der Wirtschaften die Herren am Sonntag in Berlin gehalten haben. Ist zwar nicht gewollt, aber in seinen Redaktionen war es Landesherr. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Vorkommnisse am Sonntag. Unter lebendigen und jeder militärischen Kraft entzogen und der Verneigung preisgegeben. (Große Unruhe rechts. — Ruf: links! Die Schuld der Revolution — Mann und Unruhe links: Ludendorff ist schuld — Bewegung im ganzen Hause.) Wir werden uns das Herausbesprechen neuer außerpolitischer Gefahren durch

ein Handball Reaktionen

nicht weiter gefassen lassen, wir dulden das nicht. Wir werden die Herren so lassen müssen, die eine veraltete Schuld der Vergangenheit auf eine neue Gegenwart übertragen wollen. (Hört! hört! und Bewegung.) Die Unwissenheit des Generals Ludendorff bei diesen Vorgängen soll nicht leichten Herzens beurteilt werden. Seine Schuld über die Nacht wird sich nur aus seinem Verhalten während des Krieges beurteilen lassen, er hat nach der Niederlage aus Schanden das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt.

Er soll es haben.

Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß wir schnellstens einen Gesetzentwurf zur Gründung eines Staatsgerichtshofes bei diesem hohen Hause einbringen werden, um auch nach dieser Seite zu dokumentieren: Das neue Deutschland kennt für sich und für andere innere und äußere Gegenstände nur das Eine: Die Gerechtigkeit des Rechts und nur das Rechts. (Beifall der Rechten.) Hierauf wird die Beschaffung der Interpellation über Mittelstand und Kleinrentner

begonnen.

Abg. Herrmann-Neutlingen (Dem.): Die Antwort des Ministers Weisell hat uns nicht in wünschenswertem Maße befriedigt. Die Organisation des Handwerks muß angedacht werden. Wir richten die Mahnung zur tatsächlichen Unterstützung des Mittelstandes nicht nur an die Regierung, sondern auch an die wohlhabenden Schichten, die am besten dazu imstande sind. (Beif. Weisell d. D. Dem.)

Abg. Suga (D. Sp.): Auch wir sind von den Erklärungen des Reichsrichtersamts nicht befriedigt. Wir lehnen es auf das Entschiedenste ab, daß Staat und Gemeinde den kleinen Gewerbetreibenden etwa durch Kommunalisierung der Bäckereien, der Metzgereien, des Baugewerbes usw. Konkurrenz macht. (Beifall und Zustimmung rechts.) Die weitverbreitete Arbeitslosigkeit geht zu einem großen Teil zurück auf die ungenügende Ausgestaltung der Arbeitslosenfrage. Die Sozialpolitik kommt die Verantwortung über den deutschen Wirtschaft.

Kommisär des Reichsrichtersamtes Geheimrat Trendelenburg: Ueber die Frage der Reichsrichtersamts ist im Handbrot schwaben zurzeit Verhandlungen mit dem Reichsministerium. Ueber die Frage, inwieweit eine Kommunalisierung von kleinen Wirtschaftsbetrieben und Unternehmen angezeigt erscheint, sind Erwägungen im Gange. Der Erlaß einer Verordnung über die Rohstoffversorgung des Handwerkes steht unmittelbar bevor.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Wurm (U. Sp.), Eilenberger (Wahr. Bauernbund) und Pfeiffer schließt die Besprechung.

Eine Reihe von Anträgen wird ohne Besprechung nach den Anträgen des Ausschusses erledigt.

Die Vorlage: Hinzutritt Württembergs zur Bierneueingemeinschaft wird in allen drei Lesungen verabschiedet, ebenso die Vorlage über die Besteuerung der Reichsämter für 1918.

Die nächste Sitzung: Donnerstag 3 Uhr. (Notetat für 1919.)

Debatte über das Regierungsprogramm.

In der Mittwoch-Sitzung der Preussischen Landesversammlung gab der Führer des Zentrums, Abg. Dr. Pörsch, nach folgender Erklärung seiner Partei über deren Stellung zu dem Aktionsprogramm der Regierung ab:

In Weimar ist der Tag aufgeheilt worden von der Sicherheit der verfallenen und der Gemis-

senfreiheit: eine feste Form hat er ja noch nicht erhalten. In Ausführung dieses Grundgesetzes will nun die Regierung in weitem Maße als bisher die Möglichkeit schaffen.

außerhalb des Schattens der Kirche zu leben. Hier tritt der neue Begriff des wahrensten Religionsunterrichtes in den Vordergrund. Ich verleihe das so: die Religion stellt wie bisher unrichtig, aber der Lehrer, der diesen Unterricht aus Bewusstseinskräften nicht erteilen kann, hat das Recht, ihre Kinder davon fernzuhalten. Auf diese Freiheit zu gehen, sind wir bereit. Aber diese Freiheit würde keine wahre Freiheit sein, wenn man den Willkür, welche aus Bewusstseinskräften in fester Verbindung mit ihrem Glauben leben und sterben wollen, dieser Glaube verflümmelt würde, wenn den Eltern, die dem Staate ihre Kinder anvertrauen müssen, nicht unverfälscht die Möglichkeit gewährt würde, den Werten der Kinder nach Zukunft zu fördern. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. v. Kardorff (D. Nat.): Auch über den Kreis meiner Freunde hinaus hat es peinlich im Hause berührt, daß der Ministerpräsident es nicht der Mühe wert gehalten hat, unsern früheren Fürsprecher ein Wort zu widmen. (Große Unruhe und Saufen links.) Die Revolution ist das größte Verbrechen, das begangen worden ist. Und was wollen wir tun? (Ruf: Der Zusammenbruch der Demokratie!) Die Zusammenbruch des deutschen Heeres. Sie haben Polen verloren, weil Sie kein Heer gehabt haben. Von Ihrer Seite (zu den Sozialdemokraten) ist ebenfalls das Haus in Brand gesetzt worden. Denken Sie an die Weisung und Soldatenräte. Was haben diese Räte, die die Revolutionsschwärze gemacht haben, nicht nur dem Staat, sondern auch den Gemeinden gestiftet! (Stürmische Entschuldigungsverbindungen bei den Sozialdemokraten. Kräftig heinet ruft den Redner zur Ordnung.) Dem Aktionsprogramm der Regierung können wir nicht folgen. Wir haben es als eine persönliche Beleidigung empfunden, daß ein Mann wie Adolf Hoffmann Kultusminister eines Kulturstaates ersten Ranges geworden ist. (Beifall der Rechten.) Weisung mir jedoch nicht den Glauben an unser Volk. Wir hoffen keine Wiederholung durch die Fiktion nationaler Gedanken. Wenn wir auch jetzt nur schwach im Hause vertreten sind, so ist doch unser die Zukunft und unter der Eile! (Beifall der Rechten. Zurufe links: Es lebe der Landrat!)

Ministerpräsident Hirsch: Herr von Kardorff hat eine höchst provokatorische Rede gehalten. Ich habe sie geradezu als

Signal zur Gegenrevolution empfunden. (Große Bewegung im Hause.) Das größte Verbrechen am Volke haben diejenigen begangen, die für den Krieg verantwortlich sind. (Stürm. Beif.) Herr v. Kardorff hat nicht bestreitet, daß gerade von zahlreichen seiner Parteifreunde vor und während des Krieges Verbrechen begangen und phantastische Anstellungen provoziert worden sind. (Stürm. Beif.) Finanzminister Ebert hat es nicht in einem einzigen haben sich die Räte die größten Verbrechen erworben, namentlich auch dort im besetzten Gebiet, wo die Offiziere ihre Pflicht in schändlicher unverantwortlicher Weise vernachlässigt haben. Dort sind von den Räten dem Staate Millionen und Milliarden geraubt worden. Ich sage nur das eine Wort Briefe! Die verantwortlichen Stellen haben dort ihre Pflicht schändlich im Stich gelassen.

Leute mit Gemüthen

die so groß waren, daß sie kaum auf den Schultern stehen hätten, sind in einer Weise angetrieben, daß das ein einziges Schandmal sein wird. Bei Nacht und Nebel haben sie sich und ihr Gut in Sicherheit gebracht. (Beifall der Rechten.) Die Herren von der Rechten sind also am wenigsten berechtigt, Vorwürfe zu erheben. (Beifall der Rechten.)

Abg. Cassel (Dem.): Der Zusammenbruch haben nicht die Sozialdemokraten verursacht, sondern das alte Regime. Durch die Verweigerung des Wahlrechts wurde eine schwere Entzweiung in die Massen getragen. Bedauerlich ist, daß der deutsche Gebiete jetzt von den Polen bedroht sind. Unser Staatswesen muß ganz demokratisiert werden. Wir verlangen die Gleichberechtigung aller Bürger. Insbesondere Dank verdienen die Beamten. Wir wollen jeden Bewusstseinsbesitzer darum begreifen mit den meisten funktionellen Unterricht. Der Vergeßlichkeit von Betrieben, die dafür reif sind, können wir zu. Genies der Kommunalisierung von Wasser, Gas, Elektrizität und Verkehr. Wir sind aber gegen die Verfallung des Lebensmittels.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Sp.) betonte die Politik der Reichsrichtersamtsdemokraten, die einen wirklichen Erfolg der Revolution verhindern hätten. Die einzige Rettung Deutschlands sei die Diktatur des Proletariats.

Minister des Innern Heine wendet sich scharf gegen Dr. Rosenfeld. Eine Anmelde können wir unmöglich machen, so lange uns noch neue Kämpfe drohen. Der Minister fordert alle Parteien zur Mitarbeit auf. Nur Arbeit kann uns retten.

fuder zu schaffen. Ganz besonderer Wert wird darauf gelegt werden, den Umständen die Besze zu erleichtern. Eine ausreichende Verpflegung der Wehrfähiger ist sichergestellt.

Magdeburg, 25. März. Am Borov Biederig sind zwei Friseurhande, die mit Handgranaten operierten, durch vorzeitige Explosion einer Granate schwer verletzt worden. Einer von den Wunden wurde auf der Stelle getötet, dem andern eine Hand abgetrennt.

Erfurt, 25. März. Im Walde zwischen Hebrungen und Werra wurde die Leiche eines 19jährigen Burschen aufgefunden. Die nach dem Gehölze führenden Wildspuren lassen auf einen heftigen Kampf schließen; neben dem Ermordeten, der zehn Stichwunden aufweist, lagen einige Patronen.

Die Sozialisierung der Reichs-Werte.

Aus Jena wird berichtet: Die Vertriebsangehörigen der Firma Karl Zeiß in Jena haben in einer Versammlung die sofortige Sozialisierung des Betriebes und die Einleitung eines Betriebsrates mit weitgehenden Vollmachten verlangt. Der Beschluß wurde der Staatsregierung in Weimar mitgeteilt.

Erfurt, keine Reiseerlaubnischeine mehr. — Für die Bahnstrecke Naumburg-Saalfeld und für die von dieser Linie abzweigenden Nebenbahnen sind von heute an Reiseerlaubnischeine nicht mehr erforderlich. Hingegen bleibt für die ganze oder teilweise Benutzung der Strecken Wehra-Weienfels-Saalfeld-Weitz, Weimar-Wehra, Erfurt-Mühlhausen, Erfurt-Nordhausen die Anordnung bis auf weiteres noch bestehen.

Schwaga, 26. März. Eine sechsstellige Arbeiterfamilie betri in Weidenwobers Haldorfer wurde wegen Unterernährung in das Krankenhaus Weidorf eingeliefert. Dort sind bereits drei Personen von ihnen infolge Unterernährung gestorben.

Dresden, 26. März. In der Zimtzige Zigarettenfabrik stürzte heute vormittag infolge Überlastung ein Fabrikstuhl aus dem höchsten Stockwerk in den Keller hinab, wo er erschwerend liegen blieb. Aus den Trümmern wurden fünf weibliche Arbeiter, fünfzig zwei oder weniger schwerverletzte Männer und Frauen geborgen.

Magdeburg, 26. März. Ein schwerer Unfall ereignete sich auf dem Weitemweg. Der Mühlsteinbauer R. Köch hat sich auf das untere Trittbrett der vorderen Plattform des Einhängewagens gestellt. Als der Straßenbahnwagen im Engpaß in der Gegend der Steinstraße hart an einem dort haltenden Möbelwagen vorbeifuhr, wurde der unvorsichtige Fußgänger zwischen dem Straßenbahnwagen und dem Möbelwagen gequetscht. Bei der verhältnismäßig schnellen Fahrt des Straßenbahnwagens wurde der Arme mehrmals um seine eigene Achse gedreht, wobei auch die Scheiben des Straßenbahnwagens in Scherben gingen. Mit schweren inneren

Verletzungen, Hautabschürfungen am Oberkörper und Schnittwunden an den Händen wurde der Verunglückte dem Antifäbrischen Krankenhaus zugeführt.

Berliner Zustände. Die Berliner Blätter berichten über schwere Raubbefälle in Berlin. Bei einem Verkauf auf eine Großmission wurden 7600 Lebensmittelkarten geraubt. Auch in der Berliner Umgebung geht es nicht gut. In Grabow in der Mark plündern 20 bewaffnete Räuber das dortige Rittergut vollständig aus.

— Antwort auf das Eingehen des Herrn B. S.

1. Die Beschlusssätze der Beamten mit rüchenden scharf „Schalt“ und Mietentfälligkeit bezug. Wohnungsgehaltungsrecht. Letztere dürfen bei Berechnung der Mietsteuerungsanzahl nicht in Anzug gebracht werden. Auf die Mietentfälligkeit erhalten also die Beamten keinen Freizug Zulage. Nur auf das „Schalt“ erhalten sie solche, aber nicht etwa durchschnittlich 100 Proz., sondern namentlich die älteren Beamten mit größeren Kindern teilweise 30—40 Proz. ihres Gehalts. Die Preise für Lebenshaltung haben aber eine Erigerung von 800 Proz. und mehr gegen das nach Friedenspreisen festgesetzte und früher schon niedrige Gehalt der Beamten erreicht. Es ist deshalb nicht gerechtfertigt, wenn einzelne Hausbesitzer aus dieser noch viel zu geringen Erigerung des Gehalts eine Erhöhung zur Erigerung der Miete herleiten und gar eine solche in Höhe von 50 Proz. für bestehen halten.

2. Solche Hausbesitzer, die von den Mieterträgen der ihnen gebührenden Häuser leben müssen, also gewerksmäßige Wohnungsmieter gibt es in Teuchern nur vereinzelte. Fast alle vermieten nur eine oder einige Wohnungen nebenbei und treiben ein Hauptgeschäft daneben. Durch Anpassung der Preise in diesem sind sie in der Lage auf die teure Lebenshaltung ausgleichend zu wirken. Das ist auch bereits allgemein geschehen.

3. Das im Hause stehende Kapital, würde, wenn es der Hausbesitzer in der letzten Zeit, in der die Teuerung entstanden ist, anderweit angelegt hätte, auch keine Zinssteigerung von 10 über 50 Proz. gebracht haben. Demnach kann er auch nicht erwarten, daß die Miete, die doch nur als Verzinsung des Hauskapitals gelten kann, diese Steigerung erfährt. Diese ist nur gerechtfertigt, inwieweit höhere Aufwendungen für die Unterhaltung des Wohnung gemacht werden müssen. Dagegen erlaubt das Gesetz gegenwärtig auch nur eine Mietsteigerung bis zu 20 Proz. Ueber dieses Maß hinaus dürften die Mietererhöhung durch eine Steigerung überhaupt nicht zulässig.

4. Die von Herrn B. S. erwähnten Schwierigkeiten der Hausbesitzer müssen freilich beachtet werden. Trotz des unter Nr. 2 Geagten ist mancher unter ihnen mit auf das Lebenserhalten aus seinem Hause angewiesen. Aber sie dürfen sich nicht dadurch schuldlos halten wollen, daß sie den Beamten, die, wie allgemein anerkannt wird, ge-

genötigt trotz der Kriegsteuerungsbesetze von allen Vermögenswerten am allergeringsten bestraft werden, unverhältnismäßig hoch die Mietepreise steigen. Das wäre nur dann gerechtfertigt, wenn die Mietentfälligkeiten bezug die Wohnungsbaukosten für die Zeit entsprechend eine Erhöhung erfahren hätten. Das ist aber nicht der Fall. Die Mietentfälligkeit der Beamten soll nach dem Gesetz die Ausgaben für Wohnung voll decken. Es soll ein Ersatz für die nicht gewährte Dienstwohnung sein. Die Hausbesitzer mög n daher den Provinzialrat veranlassen, daß Teuchern in eine höhere Wohnungskategorie kommt, damit die Beamten zu höheren Wohnungsgeldern und dadurch auch die Hausbesitzer zu höheren Mieten kommen. Daß aber die Beamten diese von ihnen um Lebensunterhalt nicht ausreichenden Gehälter nehmen sollen, ist unmöglich.

Beamtenvereinigung Teuchern u. Umgegend.

Letzte Nachrichten.
China gegen den Bolschewismus.
Amsterdam, 27. März. Daily Mail meldet aus Tientsin. Ueber die Normbarmachung wurde der Belagerungszustand verhängt, um die Verbreitung des Bolschewismus durch die Chinesen, die aus Rußland nach China zurückkehren, zu bekämpfen.

Signalistenkonferenz in Amsterdam.
Amsterdam, 27. 3. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die internationale Signalistenkonferenz in Amsterdam am 25. April beginnen wird. Die Führer der sozialistischen Parteien der ganzen Welt sollen daran teilnehmen. Auch die Amerikaner werden zu der Konferenz erwartet.

Zur Truppenlandung in Danzig.
Berlin, 28. März. In Weimar war gestern nachmittag, wie der Lokalangeiger berichtet, das Gerücht verbreitet die Exzentrikerregierungen hätten an die deutsche Regierung ein Ultimatum gerichtet, in dem die Zustimmung Deutschlands zu einer Landung feindlicher Truppen in Danzig gefordert wird. Die Exzente habe gedroht, den Wasserhüllstand abzusuchen, falls Deutschland mit dieser Forderung nicht einverstanden sein sollte. Diese Nachricht erscheidet, wie der Lokalangeiger berichtet, in vollem Umfang zu zutreffen. Als bestehend könne gelagt werden, daß die Exzente an die deutsche Regierung wegen der Frage der politischen Truppenlandung eine Note gerichtet habe. Die Antwort der deutschen Regierung sei bereits fertig gestellt.

Für das am 1. April d. J. beginnende 1. Quartal werden **Verordnungen** auf den **„Wöchentlichen Anzeiger“** von allen Postämtern und Briefträgern wie unseren Anträgern entgegengenommen.
Die Geschäftsstelle.

Das Vaterland ruft!

Zur Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden können sich alle feldfähigen, moralisch einwandfreien Männer als

Freiwillige

melben. In Betracht kommen militärisch Ausgebildete des Jahrgangs 1900 und ältere, sowie unausgebildete des Jahrgangs 99 und älter.

Im Korpsbereich werden Freiwilligen-Verbände mit Vertrauensleuten bei

jedem Truppenteil

angestellt. Alle Waffengattungen (Infanterie, M. G. Schützen, Kavallerie, Artillerie, Pioniere, Minenwerfer, Nachrichtentruppen, Flieger, Kraftfahrer, Eisenbahner, Sanitäts-Personal und Train) werden benötigt.

Wünsche auf Entstellung bei einem bestimmten Truppenteil mit Kameraden und Freunden zusammen werden möglichst berücksichtigt.

Die Freiwilligen-Verbände sollen den Stimm für die zu gründende

Reichswehr

bilden und die Ueberlieferung der alten, ruhrenden Regimente usw. fortzuführen. Wer also treu an seinem alten Truppenteil hängt, mit dem er gekämpft und in dessen Reihen er für das Vaterland gekütert hat, der melde sich in erster Linie.

Vorläufig gelten dieselben Bedingungen wie bei den übrigen Freiwilligen-Verbänden, später die Bestimmungen für die Reichswehr.

Alle Truppenteile, Garnison- oder Bezirkskommandos geben weitere Auskunft.

Militärpapiere sind mitzubringen.

Der kommandierende General d. IV. A. R.

Der Jenteasoldatenrat des IV. A. R.

Kirchliche Nachrichten.
am Sonntag Ätare (30. 3. 19) Konfirmation.
Sammlung für die deutschen Kriegsgesangenen.
Leuchern: Vorm. 9 Uhr. Hr. Lehmann.
Obern: Nachm. 1 1/2 Uhr; nach der Konfirmation beides Abendmahl. Oberst. Plagemann.
Unterwerk: Vorm. 11 Uhr. Hr. Lehmann.
Montag den 31. 3. 19.
Leuchern: abends 8 Uhr. Beichte u. hl. Abendmahl. Oberst. Plagemann.
Leuchern: Dienstag, den 1. 4. 19. abends 7 Uhr. Beichte und hl. Abendmahl. Hr. Lehmann.
Unterwerk: Mittwoch, den 2. 4. 19. abends 7 Uhr. Beichte und hl. Abendmahl. Hr. Lehmann.

Schützenverein
Mittwochs den 2. April abends 8 Uhr
Versammlung
in Verbands- Gastwirtschaft.
Tagesordnung:
1. Bekanntmachung des Nachtrahls und Beschlußfassung darüber.
2. Verchiedenes.
Der Vorstand.

Suche einen
Lehrling
Bernhardi Saups
Schneidmstr., Schellau.
Umzugsgeber zu verkaufen
Er wenig acht. **Brückenwage**, zwei **Mischbesten-**ter, ein guterhaltener **Schuppenkarren**, **Sägebock**, **Schneitzbank**, eine **Bettstelle**, **Getreidesense**, und verschiedene landwirtschaftliche **Handwerkzeuge**.
Schortauerstr. 3.

Eine **Wohnung**
mit allem Zubehör zu vermieten.
Gustav Reinhardt,
Hauptstr. 2.
Kaufe
jeden Posten
ausgeklämmertes
Frauenhaar
zu höchst. Preisen
Ernst Reiche,
Frieden

Photogr.
Aufnahmen!
in allen Formaten,
Original und
Reproduction
— zu kleinen Preisen. —
In und ausser dem Hause
Kein Atelier.
Schaukasten nur Probesteistr. 4.
Fr. Szwiatkowski
Photogr.

Anordnung
über das Schlachten von Ziegenmutter- und Schafslämmern.
Auf Grund des § 4 der Bekanntmachung des Reichsanwaltes über ein Schlachtverbot für rindliche Ähre und Säuen vom 26. August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 515) wird hierdurch folgendes bestimmt:
§ 1. Die Schlachtung aller Schafslämmer und Ziegenmutterlämmer, die in diesem Jahre geboren sind oder geboren werden, wird bis auf weiteres verboten.
§ 2. Das Verbot findet keine Anwendung auf Schlachtungen, die erfolgen, weil zu befürchten ist, daß das Tier an einer Erkrankung leiden werde, oder weil es infolge eines Unglücksfalls sofort getötet werden muß. Solche Schlachtungen sind innerhalb 24 Stunden nach der Schlachtung der für den Schlachtungsort zuständigen Ortspolizeibehörde anzuzeigen.
§ 3. Ausnahmen von diesem Verbot können aus dringenden wirtschaftlichen Gründen vom Landrat, in Stadtteilen von der Kreispolizeibehörde zugelassen werden.
§ 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden gemäß § 5 der eingangs erwähnten Bekanntmachung mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.
§ 5. Die Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger in Kraft.
Berlin, den 25. Februar 1919.
Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
gez. Unterjoch.

Vorstehende Anordnung bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis
Weizenfelds, den 26. März 1919.
Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
Der Landrat. Varetz.
Gemeinschaftliche Verfügung des Justizministeriums und des Ministeriums des Innern vom 6. März 1919 über die Bestellung von Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.
Im Anschluß an den gemeinschaftlichen Erlaß vom 15. September 1879 (S. M. Bl. S. 349) werden die Oberamtsrichter und Oberamtern der preussischen Landgenossenschaft zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt.
Berlin, den 6. März 1919.
Das Justizministerium. Das Ministerium des Innern.
In Vertretung. Am Auftrage.
M ü g e l. von Jarocky.

Das neue
Teilnehmer-Verzeichnis
des
Fernsprechnetzes
Telegraphen
ist in hiesiger Buchdruckerei zu haben.
Neu eingetroffen
Parfümerien, Pomaden,
Öle, Seifen u. Kopfwasser.
Große Auswahl in
Zöpfen
Otto Lieferenz.
Ernst Reiche, Frieden.

Lebensmittel.

- Zum Verkauf kommen:
- Am 29. März 1919** in den Butterverkaufsstellen auf jede gültige Fettmarke **48 Gramm Auslandsbutter** zum Preise von 62 Pfg.
 - Am 29. März** bei der Handelsfrau Anna Hofertorn auf die Verkaufsnr. 861—1055 für jede Portion **1/2 Pfund Quark** zum Preise von 55 Pfg.
 - Am 29. März** in dem Schulhause an der Heißenstraße auf jede gültige Fettmarke an die Inhaber der Verkaufsnr. 251 bis **490 1/2 Pfund Wurst**.
 - Vom 8. bis 7. April 1919**
 - a) auf die gelbe Markenmarke No 92 **1 Pfund Marmelade** zum Preise von 1 Mark.
 - b) auf die rote Markenmarke No. 68 **125 Gramm Graupen** zum Preise von 11 Pfg.
 - c) auf die rote Lebensmittelmarke No. 69 **200 Gramm Haferflocken** zum Preise von 15 Pfg.

Die Marken sind von dem Gewerbetreibenden bis zum 31. 3. früh 9 Uhr bei uns abzugeben.

Teuchern, den 28. März 1919.

Der Magistrat. Zimmermann.

Gültigkeitserklärung der Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat am 20. d. Mts. die am 2. März d. V. vorgenommenen Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung für gültig erklärt.

Teuchern, den 28. März 1919.

Der Magistrat. Zimmermann.

Auch in diesem Jahre macht sich die für die Landwirtschaft so schädliche Mägenplage und das Frühjahrsfrostkrank wieder bemerkbar. Auf Grund des § 25 der Polizeiverordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten vom 31. März 1884 (Amtsblatt Seite 191) fordern wir daher alle Beteiligten auf, die genannten schädlichen Pflanzen zu vertilgen, andererseits sie sich der Beirattung auf Grund des § 27 a d O (Gelbstreife) bis zu 150 Mark oder entsprechender Geld) anzusehen und anßerdem zu gewärtigen haben, daß die Vertilgung auf ihre Kosten erfolgt.

Teuchern, den 24. März 1919.

Die Polizeiverwaltung. Zimmermann.

Stadtschule.

Die Entlassung der hiesigen Konfirmanden erfolgt am 31. März 1919. Das Schuljahr für die neu eintretenden Schüler beginnt am 1. April 1919.

Teuchern, den 28. März 1919.

Der Magistrat. Zimmermann.

Stadtschule.

Das Schuljahr beginnt am Dienstag, den 1. April. Die Aufnahme der angemeldeten Kinder findet am Mittwoch, den 2. April vormittags 8 Uhr, in der Schule am Steinweg statt.

Das Mitbringen von Zuckerrüben muß unterbleiben.

Teuchern, den 27. März,

Der Rektor. Langenlamp.

Runkelkerne

prima Edenborfer hoch keimfähig

a Pfd. Mk. 2.80, p Ztr. Mk. 255.—

Füllsäcke einbinden.

A. Plöttner, Zeißen i. Sh. 362 A.

Telefon: Amt Zeiß Nr. 958.

Wurstverkauf

Sonnabend, den 29. 3. 19. vorm. v. 8 Uhr an auf die Inhaber der Verkaufsnr. 501—700. Brotmarkenzeichen mitbringen.

Hofschlächterei Sinniger.

Lichtspiele „Weiße Wand“

Sonnabend, den 29. und Sonntag, den 30. März

Der Schmuck des Rajahs

mit Marie Widal Drama in 4 Akten.

Dazu

Dein Name ist Weib

Sensationsdrama in 3 Akten.

Sonntag, 21/2 Uhr

Kindervorstellung

Voranzeige

1—2 Aprilabend Altes der Meisterpieler in

Mein Wille ist Gesetz!

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Walter Sahn.

Teuchern.

Sanitäts-Kolonne vom Roten Kreuz. Versammlung

Sonntag, den 30. d. Mts. abends 7/8 Uhr

Hofstadt's Restaurant

Der Vorstand.

Schirmers Restaurant heute und morgen Sauerbraten

Gasthaus : Unterwerschen Sonntag den 30. März vor 4 Uhr an

Frühlings-Ball

Es ladet ergebenst ein Der Schaffpflanz. G. Seyne.

Gasthof Krauschwitz Sonntag, den 30. März von nachm. 4 Uhr an

Ballmusik Wozu ergebenst einladet G. Bocher.

Schirmers Restaurant empfiehlt seine Kegelbahn zur gefälligen Benutzung. : Sonntag den 30. März :

Einweihung neuer Kegel und Kugeln. G. Schirmers.

Ein Frauring geseichnet „R. G.“ ist am Mittwoch verlorene gegangen. Gegen Belohnung abzugeben Unterm Berge 26.

Eine Wohnung Stube, Kammer und Küche mit Zubehör wird von einzelnen ruhigen Leuten zum 1. Juli zu mieten gesucht. Angeb. an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Rüchenschürzen blauweiß gestreifte und gepunte dunkle Mäntel, große weite Form, gefl. Ware, per Stck. 9.80 Mk. verfertigt so lange Vorrat reicht pr. Nacht. Versand. W. Pfaff, Viehweh Geschäft, i. S.

Bettmässen wird geheilt. — Auskunfft umsonst 6. Stackemann, Langwedel-Bremen.

Die Heusperung gegen Herrn Stimp in Rumbal nehme ich zurück. A. W.

Zurückgekehrtvom Grabe unserer so schnell dahingegangenen treusorgenden guten Mutter, Schwieger- und Grossmutter sagen allen für die Kranzspenden und denen, die die Entschlafenen zur letzten Ruhestätte trugen und geleiteten unsern herzlichsten Dank.

Gröben, d. 28. März. Die trauernde Familie Kurt Brenner.

Ruhe sich in kühler Erde du heissgeliebte Mutter du, du sorgtest für uns früh und spät wir gönnen dir die ewige Ruh.

Geschäfts-Eröffnung.

Den wehrten Einwohnern von Teuchern und Umgehend zur gefl. Kenntnis, dass ich in dem Hause Bahnstr. 19 (vormals Schütze's Ziegelei) eine

:: :: Stellmacherei :: ::

eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein nur mit bester Arbeit zu dienen und bitte ich daher mich nach Möglichkeit zu unterstützen.

August Linde, Stellmacher und Wagenbauer.

Der geehrten Einwohnerschaft von Teuchern und Umg. zur gefälligen Kenntnis, dass sich mein

Herren- und Damen-Friseur-Geschäft ab 1. April Steinweg 5

im Hause von Frl. Baumgarten befindet, gewissenhafte und saubere Bedienung wird zugesichert, und bitte mich weiter gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll.

Albert Herrmann.

Abonnements in und ausser dem Hause.

Achtung! Kaufe jederzeit Achtung!

Schlacht pferde

und zehle die höchsten Preise. Bin bei Nachschlachten Tag und Nach zur Stelle. Reelle Bedingung



Max Leonhardt, Vögen.

Hofschlächterei mit elektr. Betrieb. Telefon 855.

Restaurant Runthal

Sonntag, den 30. März

PREIS-SKAT

Gespielt wird um 1/2 Pfennig mit Zahlenreigen.

Anfang 4 Uhr.

Es ladet freundlichst ein

Gas Komitee. Fr. Giesch.

Vergnügungsverein „Fidelio“, Teuchern.

Wir erlauben uns, Fremde und Gönner zu unserm Sonntag, den 30. ds. Mts. im Gasthof zum Löwen stattfinden

2. Tanzvergnügen

verbunden mit humoristischen Vorträgen ganz ergebenst einzuladen

Anfang 4 Uhr.

Von 6 Uhr ab während der Tanzpausen ernste und heitere Vorträge. — Ohne Abendpaufe. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Der Vorstand. — Programme das Stck 10 Pfg. an der Kasse.

Tanzunterricht Teuchern.

Werden Interessenten von Teuchern und Umgehend zur gefl. Mitteilung, dass ich auf allgemeinen Wunsch einen

Kursus

eröffne. Derselbe beginnt Dienstag, den 22. April abends 6 Uhr für Damen, 7 1/2 Uhr für Herren in Mahlers Gasthof. Gefällige Anmeldungen werden dortselbst entgegengenommen.

Hochachtungsvoll

H. Liebram.

Verantwortung, Druck und Verlag von Otto Heister, Teuchern.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die häufigste Seite 15 Pf.

Ausgabe in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitungsstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Bezüge und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Ersteinst. wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Belegblätter: Durch unsere Geschäftsstelle 1.80 RM. von unseren Blättern ins Haus gebracht 1.75 RM und durch den Briefträger 1.74 RM.

Belegblätter und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitungsstraße 10, auch von unseren Büten und allen Käufern, Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 38.

Samstag, den 29. März 1919.

58. Jahrgang.

Die Abwanderung aus Land.

Mit der Frage der Ueberführung von Arbeitlosen aus den Städten aus Land beschäftigte sich im Berliner Rathaus ein Kreis von Persönlichkeiten aus Stadt und Land.

Der Vorsitzende Schmidt vom Landarbeiterverband hielt den einleitenden Vortrag, in dem er die großen Schwierigkeiten dieser Frage hervorhob. Mit Maschinen, Arbeitslosenversammlungen, Schriften und dergleichen komme man heute nicht weiter. Viele von denen, die heute aufs Land gehen, werden bald zurückkehren. Es müßte das Landmanagement auf jene geachtet werden, die von früher her Beziehungen zur Landwirtschaft besitzen und sich für landwirtschaftliche Betriebe eignen.

Wichtig wäre es, gelingen, einige hundert Familien für das Land zu gewinnen, wenn für eine bessere Entlohnung, behaglichere Wohnungen u. a. gesorgt würden. Die Arbeitsbeschäftigung seien

wie man annehme. Die ländlichen Arbeiter stehen sich bei niedrigen Löhnen besser als die städtischen. Sie hätten mehr und besser zu essen. Die Naturalbezüge würden zu niedrig bemessen. Man solle keine Beschreibungen machen, die man nicht halten könne. Es sei nicht mehr zu haben, nur auf Selbstbezug können noch einige nach Deutschland. Die Arbeitnehmer-Organisationen auf dem Lande entwickelten sich immer mehr. Ein ländliches Arbeiterentlohnung von 2800 Mark könne einem städtischen von 4500 Mk. gleichgestellt werden. Der Durchschnittslohn des Einkommens der Arbeiter könne vom Demobilisationskommissar normiert werden, am besten für jeden Kreis besonders.

Die Ausflüchten im Forstwesen

Beurteilte Schmidt günstiger, weil da auch Bauarbeiter leichter untergebracht werden könnten bei einer kürzeren Arbeitszeit als in der Landwirtschaft.

Gehelmar Dr. Freund behauptete als Vorsitzender des Arbeitsnachweises den besten Erfolg aller Bemühungen zur Veranziehung deutscher Arbeiter. Die kurzfristige Politik, die Beschäftigung ausländischer Arbeiter und anderer Faktoren hätten hier ungelöst gewirkt. Die Wohnverhältnisse seien wesentlich von ungelungen Einfluss auf die Arbeiterverhältnisse gewesen. Die Arbeiter für Lanten seien enorm hoch. Die gewerkschaftliche Vermittlung von Arbeitssuchen könne man als einen Krebsgeschaden bezeichnen. Dazu kämen Vorurteile auf Seiten der städtischen Arbeiter und der Landwirte. Nur an brauchbaren, sechsjährigen Arbeitskräften sei das Interesse groß.

Direktor Dr. Graad vom Berliner Arbeitsnachweis teilte mit, daß jetzt täglich 30-40 Arbeitskräfte für das Land vermittelt würden bei etwa 75 000 Arbeitssuchenden und 15 000 offenen Stellen für männliche und weibliche Personen insgesamt.

Schwebemann über den Staatsgerichtshof.

Zu der deutschen Nationalversammlung gab am Mittwoch Ministerpräsident Schwebemann eine Reihe von Erklärungen zu Tagesfragen ab.

Er. Führer u. a. aus:

Die auswärtige Politik steht im Zeichen unerschütterten Optimismus. Durch ganz Deutschland geht ein Aufschwung aus tiefer Verzweiflung, ein Aufbruch in die höchste Zukunft, die es gibt, an das Gemissen der Menschheit. (Zur Wahl!) Zu Tausenden kommen die Probleme aus Provinzen, Städten und Dörfern, aus der höchsten Not und der letzten Verzweiflung, aus vaterländischer Angst durch den Mordanschlag der Regierung die Zugehörigkeit zur deutschen Nation zu verlieren.

Bei Deutschland wollen sie bleiben, bei dem verarmten, gefesselten, mit Wunden und Schanden bedeckten Deutschland.

Die Reichsregierung weiß, daß diese Treue zum Reiche bis zur Selbstverleugung geht, weiß, daß diese Treue das wertvollste Gut ist, das für die Verwaltung anvertraut wurde. Sie wird es sich von keiner Seite schmälern lassen. Die Reichsregierung hat ihren bisherigen Gegnern die Erwidmung eines internationalen Gerichtshofes vorgeschlagen, der die Schuldfrage nach allen Seiten prüfen und dann urteilen sollte. England hat diesen Vorschlag abgelehnt. (Hört! Hört!) Es ist also nicht unsere Schuld, wenn dieser von uns selbst vorgeschlagene Prozeß ungelöst bleibt. Nicht nur die deutsche Linie sondern unsere Stellung vor dem bittersten Ende. Welche Rechte hier am Werke politischer Sabotage sind, zeige so recht der sogenannte Nationalbund deutscher Christen.

ein Handball politisch arbeitsloser Herren.

(Große Unruhe rechts. — Zurufe: Ha, na! — Hier links.) In ihren Reihen spielt der ehemalige Rechtsanwalt Drebered eine fälschende Rolle. (Stürmische Aufseher, hört! links. — Zurufe links: Ein Verräter! — Kärm und Unruhe rechts.) Diese Herren brauchen es fertig, bei ihren Versammlungen in Berlin hell die im Siegeszug zu singen und danach das Ausbringen von Arbeiterbögen für die arbeitslosen Saboteure einer Klasse, gegenüber 53 000 Mitglieder des Deutschen Offizierbundes, der von solchen Politikern nicht wissen will. (Hört! Hört!) Man brachte dem General Ludendorff Ovationen, der sich natürlich ganz zufällig (große Unruhe rechts) in der Wilhelmstraße befand. (Hört! Hört!) bei der Reichsfeier! Was, was die Herren am Sonntag in Berlin getrieben haben, ist zwar nicht gewollt, aber in seinen Wirkungen war es Landesverrat. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Verkommenisse am Sonntag. Unter Leiden von jeder militärischen Kraft entbietet und der Verächtlichkeit preisgegebenes Volk — (lärmige Unterbrechung rechts. — Zurufe rechts: Das ist die Schuld der Revolution! — Hier und Zurufe links: Ludendorff ist schuld — Bewegung im ganzen Hause.) Wir werden uns das Verhaftungsbedürfnis neuer außerpolitischer Gefahren durch

ein Handball Reaktionäre

nicht weiter gefallen lassen, wir dulden das nicht. Wir werden die Herren zu stellen müssen, die eine der Ge- we- be- ur- te- il- un- ge- se- l- en- sind.



zurück auf die ungewöhnliche Ausgestaltung der Verhältnisse für die deutsche Wirtschaft.

Kommislar des Reichsministeriums Gehelmar Trendelenburg: Ueber die Frage der Einführung des Achtstundentags im Handwerk (schweben zurzeit Verhandlungen mit dem Reichsministerium. Ueber die Frage, inwieweit eine Kommunalisierung von kleinen Wirtschaftsbetrieben und Unternehmensformen angezeigt erscheint, sind Erwägungen im Gange. Der Erlaß einer Verordnung über die Hoflieferantenergung des Handwerks liegt unmittelbar bevor.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Wurm (U. Soz.), Eilenberger (Wahr, Bauernbund) und Pfeiffer schließt die Besprechung.

Eine Reihe von Anträgen wird ohne Besprechung nach den Anträgen des Ausschusses erledigt.

Die Vorlage: Hinzutritt Württembergs zur Bierneueingemeinschaft wird in allen drei Lesungen verabschiedet, ebenso die Vorlage über die Besteuerung der Reichsbank für 1918.

Nächste Sitzung: Donnerstag 3 Uhr. (Protokoll für 1919.)

Debatte über das Regierungsprogramm.

In der Mittwoch-Sitzung der Preussischen Landesversammlung gab der Führer des Zentrum, Abg. Dr. Porzich, nach folgender Erklärung seiner Partei über deren Stellung zu dem Aktionsprogramm der Regierung ab:

In Weimar ist der Sach aufgestellt worden von der Sicherstellung der Verfassung und der Gewiss-

ensfreiheit: eine feste Form hat er, so noch nicht erhalten. In Ausführung dieses Grundgesetzes will nun die Regierung in weitem Maße als bisher die Möglichkeit schaffen,

außerhalb des Schattens der Kirche zu leben. Hier tritt der neue Begriff des wahren Religionsunterrichtes in den Vordergrund. Ich verheiß, das so: die Religion bleibt wie bisher unerschüttert, aber der Lehrer, der diesen Unterricht aus Bewußtseinsgründen nicht erteilen kann, hat das Recht, ihre Kinder davon fernzubehalten.

Diese Freiheit zu gewahren, sind wir bereit. Aber diese Freiheit würde keine wahre Freiheit sein, wenn man den Millionen, welche aus Gemütserschrecken in fester Verbindung mit ihrem Glauben leben und sterben wollen, dieser Glaube verflümmelt würde, wenn dem Eltern, die dem Staate ihre Kinder anvertrauen müssen, nicht unverfälscht die Wahrheit gelehrt würde, den Vätern der Kinder nach Ehrlichkeit zu fördern. (Austromusium im Zentrum.)

Abg. v. Kardorf (So. Rat.): Auch über den Kreis meiner Freunde und Bekannten hat es peinlich im Hause berührt, daß der Ministerpräsident es nicht der Mühe wert gehalten hat, unseren früheren Fürstentum ein Wort zu widmen. (Große Unruhe und Lachen links.) Die Revolution ist

das größte Verbrechen

es je am deutschen Volke begangen worden ist. Und was wollen wir hoffen? (Zuruf: Der Zusammenbruch der Summeverpflichtung!) Der Zusammenbruch des deutschen Heeres. Es haben Rosen verloren, weil Sie kein Heer gehabt haben. Von Ihrer Seite (zu den Sozialdemokraten) ist ebenfalls das Haus in Brand gesetzt worden. Denken Sie an die Arbeiter- und Soldatenräte. Was haben diese Räte, die den Soldatenschwärmen gemacht haben, nicht nur dem Staat, sondern auch den Gemeinden gestiftet! (Stürmische Entschuldigungsverbindungen bei den Sozialdemokraten. Kräftiges Schreien rief den Redner zur Ordnung.) Dem Aktionsprogramm der Regierung können wir nicht folgen.

Wir haben es als eine verführerische Weisung empfunden, daß ein Mann wie Adolf Hoffmann Kultusminister eines Kulturstaates ersten Ranges geworden ist. (Geßbatter Beifall.) Wir haben sie jedoch nicht den Glauben an unser Volk. Wir hoffen seine Wiederkehr durch die Wähler nationaler Gedanken. Wenn wir auch jetzt nur schwach im Hause vertreten sind, so ist doch unser die Zukunft und unser der Sieg! (Geßbatter Beifall rechts. Zurufe links: Es lebe der Landrat!)

Ministerpräsident Hirsch: Herr von Kardorf hat eine höchst provokatorische Rede gehalten. Ich habe sie geradeaus als

Signal zur Gegenrevolution empfunden. (Große Bewegung im Hause.) Das größte Verbrechen am Volke haben diejenigen begangen, die für den Krieg verantwortlich sind. (Stürm. Weis.) Herr v. Kardorf kann nicht bestreiten, daß gerade von zahlreichen seiner Parteifreunde vor und während des Krieges Verbrechen begangen und phantastische Amnestiegesetze promulgiert worden sind. (Stürm. Beifall.) Finanzminister Schädelmann: In einzelnen Orten haben sich die Räte der größten Verberkeile erworben, namentlich auch dort im besetzten Gebiet, wo die Offiziere ihre Pflicht in schändlicher unerwarteter Weise vernachlässigt haben. Dort sind von den Vätern dem Staate Millionen und Milliarden gerettet worden. Ich sage nur das eine Wort Brüll! Die verantwortlichen Stellen haben dort ihre Pflicht schamlos im Stich gelassen.

Leute mit Genußletten

die so groß waren, daß sie kaum auf den Schultern Platz hätten, sind in einer Weise ausgetrieben, daß das ein einziges Schandmal sein wird. Bei Nacht und Nebel haben sie sich und ihr Gut in Sicherheit gebracht. (Geßbatter Zustimmung der Soz.) Die Herren von den Rechten sind also am wenigsten berechtigt, Vorwürfe zu erheben. (Beifall der Soz.)

Abg. Cassel (Zem.): Der Zusammenbruch haben nicht die Sozialdemokraten verursacht, sondern das alte Regime. Durch die Verweigerung des Wahrechts wurde eine schwere Erbitterung in die Massen getragen. Bedauerlich ist, daß ferndesutsche Gebiete jetzt von den Polen bedroht sind. Unser Staatswesen muß ganz demokratisiert werden. Wir verlangen die Gleichberechtigung aller Bürger. Besonderen Dank verdienen die Beamten. Wir wollen jeden Gemütskranken befehlen, darum begreifen wir den maßvollen funktionellen Unterricht. Der Vergeßlichkeit von Vertriebenen, die dafür reif sind, können wir zu. Gehör der Kommunalisierung von Wasser, Gas, Elektrizität und Verkehr. Wir sind aber gegen die Verflüchtigung des Lebensmittels Handels.

Abg. Dr. Mosenfeld (U. S.) befand sich die Politik der Reichssozialdemokraten, die einen wirklichen Erfolg der Revolution verhindern hätten. Die einzige Rettung Deutschlands sei die Diktatur des Proletariats.

Minister des Innern Heine wendet sich scharf gegen Dr. Mosenfeld. Eine Amnestie können wir unmöglich machen, so lange uns noch neue Kämpfe drohen. Der Minister fordert alle Parteien zur Mitarbeit auf. Nur Arbeit kann uns retten.